NACHRICHTEN
Österreich

Schock für Pensionisten: Krankenversicherung steigt – 180 Euro weniger!

Österreichische Pensionisten müssen ab 1. Juni 2025 mit höheren Krankenversicherungsbeiträgen und Netto-Einbußen rechnen.

Österreich - Ab dem 1. Juni 2025 müssen österreichische Pensionisten mit einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge rechnen. Diese steigen von 5,1 auf 6,0 Prozent. Laut **oe24** führt dies zu durchschnittlichen Netto-Einbußen von rund 180 Euro pro Jahr. Die Reform trifft zahlreiche Pensionisten hart, da sie nicht nur die erhöhten Beiträge ausgleichen, sondern auch die Auswirkungen einer vorherigen Pensionsanpassung spüren, welche immerhin eine Erhöhung um 4,6 Prozent ab dem 1. Januar 2025 vorsieht.

Der Hintergrund dieser Maßnahme ist das Budget-Defizit der

Regierung, das drastische Sparmaßnahmen erforderlich macht. Finanzminister Marterbauer betont die Bedeutung der Konsolidierung und ruft alle politischen Parteien dazu auf, Verantwortung zu übernehmen. Expertenanalysen zeigen deutlich, dass insbesondere Pensionisten ihren Beitrag zur Haushaltsreform leisten müssen, was unter anderem durch die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge deutlich wird.

Details zur Pensionssituation

Die aktuelle Situation der Pensionisten wird auch durch die Daten der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) für 2024 verdeutlicht. Männer erhalten durchschnittlich eine Brutto-Pension von 2.321,40 Euro, während Frauen durchschnittlich 1.594,24 Euro beziehen. Nach der Abzug der neuen Krankenversicherungsbeiträge bedeutet dies, dass Männer netto 2.029,32 Euro pro Monat und Frauen 1.558,98 Euro pro Monat erhalten. Die Einsparungen machen sich stark bemerkbar: Männer müssen mit einem monatlichen Minus von 13,04 Euro und Frauen mit einem Minus von 12,01 Euro rechnen, was die Gesamtbeträge auf 182,56 Euro bzw. 168,14 Euro pro Jahr reduziert.

Der Nationalrat hat zudem das Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025 Teil II verabschiedet, welches sich ambitionierten Sparmaßnahmen widmet. Ziel ist es, 760 Millionen Euro für den Bundeshaushalt zu lukrieren, bei gleichzeitiger Entlastung von 20 Millionen Euro. Maßnahmen umfassen unter anderem die Erhöhung der Bankenabgabe und ein vorübergehendes Aus für die Bildungskarenz. Die Grünen fordern eine schnellere Senkung des Rezeptgebührendeckels, während die FPÖ die Steuer- und Gebührenerhöhungen kritisiert.

Ausgleichsmaßnahmen im Regierungsprogramm

Obwohl die Maßnahmen diverse Einschnitte beinhalten, gibt es

auch einen Plan für Entlastungen. So wird die maximale Sozialversicherungs-Rückerstattung für Pensionisten von 637 Euro auf 710 Euro angehoben. Des Weiteren soll die Rezeptgebühr im Jahr 2026 eingefroren und schrittweise bis 2030 gesenkt werden. Auch die kostenlose COVID-19-Impfung wird bis Ende März 2027 fortgeführt.

Im Zuge der Reformen wird ein neues Teilpensionsmodell eingeführt, das Teilzeitarbeit und Teilpension ermöglicht. Außerdem sollen Pflegekräfte in die Schwerarbeiterpension leichter wechseln können. Dennoch gibt es bisher keine legislativen Vorschläge seitens der Bundesregierung bezüglich dieser neuen Maßnahmen, was von mehreren Parteien, darunter auch die SPÖ, kritisch betrachtet wird.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die anstehenden Reformen tiefgreifende Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Pensionisten haben werden. Die zusätzliche Belastung durch die erhöhten Krankenversicherungsbeiträge trifft viele Menschen in einer Lebensphase, in der finanzielle Stabilität besonders wichtig ist. Diese Entwicklungen, so die Prognosen, werden auch im kommenden Jahr spürbar bleiben.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Budget-Defizit
Ort	Österreich
Quellen	• **www.oe24.at** • **www.parlament.gv.at** • **www.prima-magazin.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at